

Herrn Minister
Thomas Kutschaty
Justizministerium des Landes NRW
40190 Düsseldorf

8. März 2016

Rechtsfreier Raum im Tagebau Hambach

Sehr geehrter Herr Minister,

die Bürgerinitiative „Unser Revier – Unsere Zukunft – An Rur und Erft“ wurde im April 2015 gegründet und hat mittlerweile annähernd 400 Mitglieder. Sie steht für eine sinnvolle Nutzung der Braunkohle im rheinischen Revier, die den Anforderungen des Klimaschutzes und der Sicherstellung der Versorgung unseres Landes mit bezahlbarem Strom gerecht wird. Dabei müssen Strukturbrüche in dieser Region zwingend verhindert werden. Unter www.unser-revier-unsere-zukunft.de finden Sie mehr auf unserer Website.

Der Verein steht für eine pluralistische Gesellschaft, die uneingeschränkt und ohne Ausnahme nach den Prinzipien der demokratischen Grundregeln handelt und entscheidet. Respekt und Achtung im Umgang mit den Menschen, egal ob sie unsere Meinung oder Ansichten teilen oder auch nicht, ist oberstes Gebot für die Mitglieder unseres Vereines.

Nun braucht die Region Schutz vor als Aktivisten getarnten Rechtsbrechern. Im Vorfeld des Tagebaues Hambach, in dem rd. 1.500 Menschen beschäftigt sind und auch eine Vielzahl von Mitgliedern unserer Initiative arbeitet, treibt seit über zwei Jahren eine etwa 30 Mann starke Gruppe ihr Unwesen. Die sogenannten „Aktivisten im Hambacher Forst“ haben sich zum Ziel gesetzt, den Betrieb des Tagebaus Hambach und der Braunkohle insgesamt zu

stoppen. Dabei ist ihnen jedes Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele recht. Mittlerweile sind Straftaten und Rechtsbruch an der Tagesordnung. Im Kreis Düren wird ein erhebliches Polizeiaufgebot in Anbetracht dieser Situation vorgehalten. Die Eskalation ist trotz umsichtigen Handelns der Polizei und der RWE-Mitarbeiter so weit fortgeschritten, dass das Inbrandsetzen von Fahrzeugen, Hilfsgeräten, Brunneneinrichtungen und auch von Sicherheitseinrichtungen auf der werkseigenen Schienenbahn keine Ausnahme mehr sind.

Die Mitarbeiter und Sicherheitskräfte werden von diesen Chaoten mit Steinen beworfen, mit Zwillen beschossen und es werden Fäkalienbomben eingesetzt. Das Letztere mag sich noch einigermaßen erträglich anhören, aber es ist noch nicht genug der Pietätlosigkeit. Diese Chaoten schmieren sich mit ihren eigenen „Exkrementen“ ein, um dadurch den Abtransport und die weitere Behandlung durch die im Einsatz befindliche Polizei, den Sicherheitskräften und Mitarbeitern unerträglich zu gestalten. Einige unserer Mitglieder haben diese Vorgänge persönlich, am eigenen Leib erlebt.

Beständig werden Straftaten begangen und Recht gebrochen. Das aggressive Vorgehen steht im völligen Gegensatz zu einem respektvollen Umgang miteinander. Es geht nicht um freie Meinungsäußerung, sondern es werden die Grundlagen des Rechtsstaates erschüttert. Die Mitglieder unserer Initiative sind fassungslos und sehen zwingenden Handlungsbedarf. Der Rechtsstaat ist unseres Erachtens gefordert, weil Räume der Gewalt entstanden sind. Ein wesentlicher Teil der dafür erforderlichen Maßnahmen fällt in Ihre Zuständigkeit und ist der Anlass für unser Schreiben.

Die Feststellung der Personalien ist Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Strafverfolgung. Diese wird von den Chaoten konsequent behindert bis hin zur Behandlung ihrer Fingerkuppen mit Sekundenkleber mit der Folge, dass sie im Falle einer Festnahme nach Ablauf von 12 Stunden ohne die Feststellung ihrer Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Sie kehren dann wieder zum Hambacher Forst zurück und begehen neue Straftaten und Rechtsbrüche. Es ist öffentlich bekannt, dass einige dieser Chaoten mehrfach dieses Prozedere hinter sich haben. Verständlich ist die damit einhergehende erhebliche Frustration der Polizeibeamten. Auch sie dürfen nicht im Stich gelassen werden.

Ein wirksames Mittel, diesen Kreislauf zu durchbrechen, wäre ein verlängerter Arrest für die Täter, und zwar so lange, bis die Personalien festgestellt sind. Wie ein solches Vorgehen erfolgreich umgesetzt wird, entnehmen Sie bitte aus dem beiliegenden Pressebericht aus Cottbus. Dort hat offensichtlich die Staatsanwaltschaft der Feststellung der Personalien hohe Priorität gegeben und das für einen vergleichsweise geringfügigen Fall.

Die Menschen im Revier sind fassungslos. Was ist los in NRW? Ständig wird in der öffentlichen Debatte über Gewaltfreiheit als tragendes Element der Demokratie gesprochen. Aber dort, wo wir Gewalt täglich erleben, unterbleibt ein konsequentes Handeln von den Ermittlungsbehörden. Die Vorgänge werden nicht vor Gericht und zum Abschluß gebracht. Es besteht also dringender Handlungsbedarf! Wir wollen keine zweite Silvesternacht wie in Köln. Wenn nicht alsbald konsequent gehandelt wird, wird aus Unverständnis Empörung. Das wollen wir nicht, deswegen muss gesprochen und gehandelt werden.

Die Bürgerinitiative „Unser Revier – Unsere Zukunft – An Rur und Erft“ nimmt diesen Umstand zum Anlass, am **Samstag, den 23. April 2016 um 11 Uhr eine Kundgebung in Elsdorf** als Nachbarstadt des Tagebaues Hambach (viele betroffene Mitarbeiter wohnen dort) zu veranstalten. Treffpunkt ist der Jean-Klütsch-Platz vor der Festhalle. Zu Wort kommen Betroffene – wir werden Transparenz und Öffentlichkeit schaffen.

Wir würden uns sehr freuen und halten es gleichermaßen für erforderlich, wenn Sie persönlich oder ein Vertreter aus der Leitungsebene des Justizministeriums für Rede und Antwort zur Verfügung stehen. Einer Antwort auf unser Schreiben und insbesondere einer Zusage für unsere Kundgebung sehen wir mit Interesse entgegen.

Wir haben uns erlaubt, Durchschläge dieses Schreibens an unsere Mitglieder und die regionale Presse zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Unser Revier – Unsere Zukunft – An Rur und Erft e. V.



(Theo Schlößer)



(Arthur Oster)

1 Anlage: Pressebericht aus Cottbus

zeichnet. In dem KZ-Drama spielen die Hauptrollen die Schwestern
den Oberkapo Biedermann. Am 9. März hat der Film Deutschland-Pre-
miere, am Tag darauf ist Rechn beim Scheunen-Talk in Cottbus. Andere
große Oscar-Gewinner 2016 sind „The Revenant – Der Rückkehrer“,
„Spotlight“ und „Mad Max – Fury Road“. PANORAMA SEITE 6 Foto: privat

sitz
oxid-
Ab-
lden
nutzt
Ver-
asit-
bau-

Zwei Monate Haft für Diebstahl im Wert von 47,47 Euro

Cottbus. Für einen Ladendieb-
stahl in einem Cottbuser Bau-
markt hat das Amtsgericht Cott-
bus am Montag eine junge Frau in
einem beschleunigten Verfahren
zu zwei Monaten Haft ohne Be-
währung verurteilt. Das außerge-
wöhnliche Urteil kam dadurch
zustande, weil die Frau sich seit
der Tat weigert, Angaben zu ihrer
Identität zu machen. In einem

Cottbuser Baumarkt war sie vor
einer Woche von einem Ladende-
ektiv dabei erwischt worden, wie
sie Stahlwinkel, Drahtstifte und
eine Hängematte stahl, Gesamt-
wert 47,47 Euro. Die Unbekannte
legte gegen das Urteil Berufung
ein. Sie bleibt aber auf Anord-
nung des Gerichtes vorläufig wei-
ter in Haft.

LAUSITZ SEITE 2

sungswidrig er
Der Cottbu
Frank Mittag
Land Brande

Marokk Koope

Rabat. Ausre
kaner und A
aus Deutsc
werden kö
wollen kü
der aufne
Deutschlan
linge ausge
beperspekt
barte Bund
mas de Ma

Mehr Demokratie - Unterrichts in